

II— 953 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 10. März 1971 No. 512/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. S c r i n z i, P e t e r und Genossen
an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung,
betreffend Studienförderungsgesetz - Beseitigung von Härten.

Da im Zusammenhang mit der Gewährung von Studienbeihilfen gemäß Studienförderungsgesetz für die Prüfung der sozialen Bedürftigkeit auch bei Studierenden, die Kinder geschiedener Eltern oder uneheliche Kinder sind, nicht die Unterhaltsleistung, sondern ausschließlich das Einkommen beider leiblicher Eltern herangezogen wird, ergeben sich in der Praxis immer wieder unbillige Härten.

Abgesehen davon, daß es sich für Studierende oft als unmöglich erweist, Belege über das Einkommen des geschiedenen oder unehelichen Vaters beizubringen, sollte für die Feststellung der sozialen Bedürftigkeit von vornherein nur der Betrag maßgeblich sein, zu dessen Zahlung der Vater tatsächlich verhalten werden kann, und nicht das in solchen Fällen wohl nur fiktive väterliche Einkommen. Insbesondere Väter unehelicher Kinder sind bekanntlich nur in seltenen Fällen bereit, über die gesetzlich vorgeschriebene Unterhaltsleistung hinaus auch noch freiwillig zur Finanzierung des Studiums der Tochter oder des Sohnes beizutragen.

Die Unterzeichneten richten daher an die Frau Bundesminister die

A n f r a g e :

Werden Sie, Frau Bundesminister, einen Ministerialentwurf für eine Novelle zum Studienförderungsgesetz ausarbeiten lassen, der vorsieht, daß die derzeitige Diskriminierung Studierenden, die Kinder geschiedener Eltern oder uneheliche Kinder sind, beseitigt wird?

Wien, 10. März 1971